

„Deponiestandortsuche vorläufig einstellen“

Heineking: Novellierte TA Abfall schafft neue Voraussetzungen

Nienburg/Uchte (r/re). Mit der neuen Verwaltungsvorschrift der Technischen Anleitung (TA) Siedlungsabfall lege Bundesumweltminister Klaus Töpfer mit Zustimmung des Bundesrates strenge bundeseinheitliche Umweltauflagen an die Entsorgung von Hausmüll, hausmüllähnlichem Gewerbeabfall, Bauabfällen und Klärschlamm fest. „Wichtig für den Kreis Nienburg ist dabei, daß die Einlagerung von Abfällen nur noch einen Anteil von fünf Prozent organischer Substanz enthalten darf. Das ist nur zu erreichen, wenn der Abfall vorher thermisch behandelt wird. Andere Verfahren sind nicht Stand der Technik. Besonders nicht durch den von Niedersachsens Umweltministerin Monika Griefahn propagierten Weg der „Kalten Rotte“, so der CDU-Landtagsabgeordnete Willi Heineking.

Er schreibt in einer Mitteilung weiter: „Während früher vom Land ein Abfallwirtschaftskonzept erarbeitet wurde und das Land dafür verantwortlich war, hatte Griefahn dies auf die Landkreise verlagert. Der Kreis Nienburg hatte bereits vor vier Jahren zukunftsweisend das Fichtner-Gutachten bestellt, um ein Abfallwirtschaftskonzept mit mehreren Landkreisen zu erarbeiten. Hinter diesem Konzept stand auch die große Mehrheit des Kreises.“

Heineking und die Südkreisabgeordneten meinen, daß dem Gutachten aufgrund der neuen Rechtslage wieder Bedeutung zukomme. Friedel Eisberg (Lavelsoh), Kurt Damke (Uchte), Heinrich Lustfeld (Rehburg/alle CDU) und Gerhard Graf (WG/Loccum) würden nun die Chance sehen, damit weiterzumachen. „Für die Deponiestandortsuche, so sind sich diese Kreistagsabgeordneten einig, bedeutet das eine vorläufige Aussetzung, denn durch die thermische Verwertung des Mülls wird vom Volumen her nur noch ein Fünftel der Deponien für die dann entstehende Asche benötigt“, steht in dem Heineking-Papier.

Bei der übergeordneten Planung mit den Nachbarkreisen werde es sicher auch eine Aufgabenteilung für die verschiedenen Behandlungsvorgänge geben. „Unser Vorteil ist, daß der Landkreis Schaumburg für 65 Millionen Mark eine bereits genehmigte Deponie in Sachsenhagen anbieten kann.“

Die jetzt im Bundesrat diskutierte und mit den SPD-geführten Ländern Nord-

rhein-Westfalen, Hamburg und Rheinland-Pfalz durchgekommene Anleitung „ist damit gleichzeitig eine Verpflichtung zur thermischen Behandlung und kann von Griefahn, die vehement gegen diese TA gewesen ist, nicht mehr blockiert werden“. Die Umweltministerin könne jetzt die gemeinsamen Bestrebungen mehrerer Landkreise nicht mehr blockieren, meint Heineking. Graf und Lustfeld hätten darauf hingewiesen, daß angesichts der ungeklärten Sanierung der Sonderabfalldeponie Münchehagen, wo seit Jahren nichts geschehe, in diesem Raum eine Deponiestandort-Diskussion keinen Erfolg haben könne.

Mit großem Interesse hätte die CDU Warmen in ihrer Hauptversammlung die zu diesem Zeitpunkt Heineking nur mündlich vorliegenden Andeutungen des Landtagsabgeordneten verfolgt. Willi Ötting (CDU-Gemeindeverbandsvorsitzender Warmen) und Warmens Bürgermeister Karl Mailand hätten auf die berechtigten Einwände der Bürgerinitiativen in der Samtgemeinde Uchte und auf die große Belastung der in Betrieb befindlichen westfälischen Nachbardeponie Pohlsche Heide hingewiesen. „Die Versammlung forderte alle Beteiligten auf, sich für ein kreisübergreifendes Abfallwirtschaftskonzept einzusetzen und die beiden Deponiestandorte in Lavelsoh und Bohnhorsterhöfen nicht weiter zu verfolgen“, schreibt Heineking, der abschließend auf die notwendige weitere Verringerung des Müllaufkommens hinweist und die „sicherste Entsorgung“ als Verpflichtung ansieht.

Verbrennung ist neben Rotteverfahren erlaubt

Reaktionen auf Heineking-Papier: Ohne Deponie geht's nicht

Hannover/Bonn/Petershagen (re/sl). Entgegen der Darstellung des CDU-Landtagsabgeordneten Willi Heineking sieht die vom Bundesrat am vergangenen Freitag verabschiedete Technische Anleitung (TA) Siedlungsabfall keine bindende Verpflichtung der Länder zur Müllverbrennung vor. Biologische Verfahren sind in den abfallbeseitigungspflichtigen Gebietskörperschaften wie Landkreisen ebenfalls zugelassen, wie es am Mittwoch auf Anfrage aus der Pressestelle des Bundesrates in Bonn hieß. Die SPD-Landtagsabgeordnete Bärbel Tewes-Heiseke erklärte mit Blick auf das Landkreis-Pilotprojekt „Kalte Rotte“ und die Deponiestandortsuche, die Konsequenz aus dem Heineking-Papier wäre das „Aus“ von vier Jahren Entwicklungsarbeit einer umweltverträglichen Abfallpolitik.

Gegen eine Einstellung der Deponiestandortsuche, wandten sich CDU-Kreis- und Fraktionsvorsitzender im Kreistag, Heinrich Eggers (Rohrsen), sowie Kreisumweltausschußvorsitzender Hans Elbers (SPD/Loccum). Dieser, Eggers, Tewes-Heiseke und Wolfgang Battermann (BUND Petershagen) meinen: „Um Deponien kommen wir nicht herum, denn Verbrennungs- oder Rotte-Reste müssen abgelagert werden.“ Elbers hält Heinekings Vorschlag für vor schnell, da bis zum fertigen Bau einer Verbrennungsanlage mehr als zehn Jahre vergehen. So viel Aufnahmekapazität besitze die Deponie Krähe nicht. Dem Hinweis Heinekings auf die Deponie Sachsenhagen, hält er entgegen, es sei fraglich, ob dort zum gegebenen Zeitpunkt überhaupt Kapazitäten frei seien.

Eggers sagte, die Kreis-CDU verfolge jetzt die Verbrennung. Der in dem Fichtner-Gutachten herausgehobene Standort für eine Anlage bei Hoya sei nicht der Favorit, vielmehr müßten auch andere Standorte geprüft werden. Das Gutachten sieht eine Zusammenarbeit zwischen den Kreisen Nienburg, Diepholz, Schaumburg und Soltau-Fallingb. vor. Eggers weiter: Wegen zu deponierender Asche sei zu prüfen, welche Anforderungen künftig an Deponiebasisabdichtung, Geologie und Umweltverträglichkeit zu stellen seien. Elbers: Der zu verbrennende Müll müsse definiert und geprüft werden, ob Schlacke auf Hausmülldeponien landen dürfe. Ob Verbrennung der sicherste Weg ist, bezweifeln er, Tewes und Battermann; denn mit Fil-

tertechnik und Verbrennungsrückständen gebe es nach wie vor Probleme.

Die Pressestelle des Bundesrates erklärte, die Verbrennung habe zwar Vorrang. „Die TA Siedlungsabfall sieht darüber hinaus aber auch Anforderungen an Errichtung und Betrieb einer Anlage zur biologischen Abfallbehandlung vor.“ Battermann: Es gehe um die Optimierung steuerbarer Verrottung und Vergärung als Alternative zur Verbrennung. Die in der Anleitung vorgeschriebenen fünf Prozent abzulagernder organischer Abfälle seien erreichbar. Der „Vater“ der Vorrotte, Dr. Ing. Peter Spillmann (TU Braunschweig), sieht zwar Probleme, meint aber, diese Anforderungen erfüllen zu können. Dr. Wolfgang Oest vom Umweltministerium sagte, die „Kalte Rotte“ sei zwar strittig, weil es noch kein erprobtes großtechnisches Verfahren gebe. „Aber wenn fünf Prozent einzuhalten sind, muß nicht verbrannt werden.“ Die Vorgabe sei in zwölf Jahren umzusetzen.

Tewes-Heiseke bezweifelt, daß auf dem Verbrennungssektor eine kreisübergreifende Zusammenarbeit problemloser, billiger und umweltverträglicher zu gestalten sei. Wegen Fristen sollte der Kreis ohne Zeitverlust auf dem bisherigen Weg weitergehen, zumal der Kreistag mit Mehrheit parteiübergreifend für Deponiesuche und „Kalte Rotte“ gewesen sei, die sehr gute Zwischenergebnisse zeige. Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock ließ erklären, man werde sich heute mit der Sache befassen.